FACHPOLITISCHER TAGUNGSBERICHT

In die Zukunft der Kinder, Jugendlichen und Familien investieren – Für starke kommunale Strukturen und eine zukunfts-fähige Kinder- und Jugendhilfe

Politik-Dialog-Forum am 20. Oktober 2025 in Berlin

Organisation/ Kontakt
Dirk Schröder, Abteilungsleiter Jugend und Familie, Nieders. Sozialministerium
Tel. 0511- 120 3020, dirk.schroeder@ms.niedersachsen.de

Prof. Dr. Wolfgang Schröer, Universität Hildesheim
Tel. 05121- 883 11 702, schroeer@uni-hildesheim.de

Heinz Müller, Madeleine Jung, Hanna Schönenberg, Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH
Flachsmarktstr. 9, 55116 Mainz
Tel. 06131- 24041-16, heinz.mueller@ism-mz.de

Josef Koch, langjähriger ehemaliger Geschäftsführer der Internationalen Gesellschaft
für erzieherische Hilfen (IGfH), Frankfurt a.M.
josefmariakoch@web.de

Es geht um nichts Geringeres: Den Kinderschutz in Deutschland sichern, die Kinder- und Jugendhilfe für die Zukunft bundesweit neu und handlungssicher aufstellen und nicht zuletzt jungen Menschen Gehör und Teilhabechancen geben.

Das Land Niedersachsen hat dazu den ersten bundesweiten Aufschlag gemacht und zu einem Politik-Dialog-Forum in die Landesvertretung nach Berlin eingeladen. Unter dem Motto „In die Zukunft der Kinder, Jugendlichen und Familien investieren – für starke kommunale Strukturen und eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe“ fand am 20. Oktober 2025 ein erstes Treffen statt.

Auf Einladung des Niedersächsischen Sozialministeriums, der Universität Hildesheim und des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism gGmbH) sind politisch Verantwortliche von Bund, Ländern, Kommunen, Wohlfahrts- und Fachverbänden zusammengekommen, um einen Prozess zu starten, der die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland zukunftssicher als verlässliche Infrastruktur gestalten und absichern soll.

Der niedersächsische Sozialminister Dr. Andreas Philippi warb zu Beginn der Veranstaltung in seinem Eröffnungsvortrag für einen infrastrukturellen Zukunftsdialog:

> **„Allzu oft scheint die Perspektive von Kindern und Jugendlichen in politischen Entscheidungen, Unterstützungsprogrammen oder Investitionsprogrammen nicht ausreichend berücksichtigt. Doch angesichts aktueller Herausforderungen ist es entscheidend, die Kinder- und Jugendhilfe zu stärken. Wir müssen die Kinder- und Jugendhilfe neu aufstellen. Das geht nur gemeinsam. Bund, Länder und Kommunen müssen an einem Tisch neue Strategien entwickeln, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Ich setze auf Unterstützung von Verbänden und aus der Wissenschaft.“ (Minister Dr. Andreas Philippi)**

Der saarländische Sozialminister Dr. Magnus Jung brachte das Anliegen des Treffens auf den Punkt, indem er ausführte:

> **„Der demografische Wandel sowie die Verunsicherungen und Ängste junger Menschen, infolge globaler Krisen, prägen zunehmend ihren Alltag und das Leben von Familien. Gleichzeitig verschärft sich der Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen in der Jugendhilfe. Mehr denn je brauchen wir eine starke Jugendhilfe, die sich gemeinsam mit allen Akteuren konsequent für die Belange junger Menschen einsetzt.“ (Minister Dr. Magnus Jung)**

Die Kinder- und Jugendhilfe stellt heute von den Frühen Hilfen, über die Kindertagestätten bis hin zum Kinderschutz die größte soziale Infrastrukturleistung in unserer Gesellschaft für alle jungen Menschen und Familien dar. Wenn aber über Investitionen in die Infrastrukturen unserer Gesellschaft gesprochen wird, wird vor allem über Brücken, Straßen etc. diskutiert oder die Bildungseinrichtungen genannt.

Fehlende Gesamtstrategie für die Kinder- und Jugendhilfe

Bisher wird die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe, die im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung zwar in unterschiedlichen Einzelperspektiven angesprochen wird, zu wenig beachtet. Kinder- und Jugendhilfe begleitet, unterstützt, schützt und stärkt junge Menschen in den Kommunen, verantwortet vor allem den Kinderschutz und trägt maßgeblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zur sozialen Sicherheit, Bildungsgerechtigkeit und Demokratiebildung bei. Zudem ist sie ein wichtiger Partner im Bildungswesen.

Es ist zugleich eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber der nachwachsenden Generation – so die Fragestellung der (fach)politischen Veranstaltung in Berlin, gerade jetzt entschlossen in stabile Strukturen für Kinder und Jugendliche zu investieren. Eine alternde Gesellschaft darf die junge Generation nicht aus dem Blick verlieren. Kinder und Jugendliche bilden zahlenmäßig eine immer kleinere Gruppe (knapp 18 % der Bevölkerung) und haben selbst keine Stimme bei Wahlen. Generationengerechtigkeit bedeutet, ihren Rechten und Chancen die gleiche Priorität einzuräumen wie denen der Älteren.

> **„Wir brauchen die nachwachsende Generation für unsere Renten, unseren Wohlstand und unsere Demokratie – vor allem aber, um die Krisen einer Welt zu meistern, die für junge Menschen aus den Fugen geraten ist und ihre Zukunft unsicher macht.“ (Heinz Müller, ism gGmbH)**

- betonte Heinz Müller vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz ism gGmbH.

Gerade angesichts der aktuellen Herausforderungen in Kindheit, Jugend und von Familien ist es von entscheidender Bedeutung, die Infrastrukturen der Kinder- und Jugendhilfe zu stärken und nachhaltig abzusichern. Nur so können die Zukunftsherausforderungen eines verbesserten Kinderschutzes, einer inklusiven Angebotsstruktur, des Fachkräftebedarfs, digitalisierter Verfahrensabläufe und einer demokratieförderlichen Kinder- und Jugendarbeit geleistet werden. Deutlich wurde beim fachpolitischen Treffen, es geht um die gemeinsame Verantwortung aller staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen - gegenüber der nachwachsenden

Generation und die Absicherung einer zuverlässigen und modernen sozialen Infrastruktur.

> **„Die Kinder- und Jugendhilfe ist weit mehr als nur ein ergänzendes System zu Schule oder Familie – sie begleitet, unterstützt, schützt und stärkt junge Menschen und leistet einen zentralen Beitrag zu sozialem Zusammenhalt, Bildungsgerechtigkeit und Demokratiebildung“, (Josef Koch)**

betonte Josef Koch, langjähriger ehemaliger Geschäftsführer der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH). Bisher werde der Kinder- und Jugendhilfe jedoch nicht der nötige Stellenwert eingeräumt. Es fehlt an einer klaren Gesamtstrategie, die die Infrastruktur in den Kommunen stärkt und einen Modernisierungsstau behebt.

Hohe soziale Belastungen, knappe Kassen und ein akuter Fachkräftemangel stellen viele Städte und Landkreise vor enorme Herausforderungen, so der Tenor der Diskussionen. In vielen Kommunen mache sich ein drastischer Investitionsstau schmerzhaft bemerkbar. Marode Einrichtungen, fehlende Betreuungsplätze und überlastetes Personal gefährden mancherorts eine verlässliche Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien.

Gründung eines Nationalen Fonds Kinder- und Jugendhilfe

Auf dem Politik-Dialog-Forum wurde daher unter der Moderation von Heinz Müller und Josef Koch eine neue Verantwortungsgemeinschaft von Kommunen, Ländern, Bund, Verbänden und Selbsthilfeorganisationen verabredet. Um der Krise entgegenzuwirken, wurde die Forderung nach Gründung eines Nationalen Fonds Kinder- und Jugendhilfe für notwendige Investitionen in kommunale Infrastruktur, Kinderschutz und gleichwertige Lebensverhältnisse für junge Menschen in ganz Deutschland bekräftigt. Als zentraler Baustein einer umfassenden Reformagenda könnte der Fonds, ausgestattet mit 10 Milliarden Euro über zehn Jahre, dringend notwendige Investitionen bündeln und die kommunale Infrastruktur sowie den Kinderschutz stärken. Das Geld kann als Hebel wirken, mit dem Bund, Länder und Kommunen gemeinsam eine bundesweite Kraftanstrengung für die nächste Generation stemmen, so übereinstimmend viele Stimmen der Teilnehmenden auf dem (fach)politischen Treffen.

Solche Fondsmittel wären in strategische Schwerpunkte zu lenken, darunter der Ausbau und die Modernisierung von Einrichtungen, digitale Innovationen und Entbürokratisierung sowie eine bundesweite Fachkräfteoffensive zur Gewinnung und Qualifizierung von Personal.

Die Veranstaltung verstand sich als Startschuss für eine gemeinsame bundesweite Initiative und einen fachlich-politischen Dialog in Deutschland.

Der Kinderschutz ist nicht als Sozialleistung zu definieren, die nach Kassenlage definiert werden kann, sondern entspringt dem Verfassungsauftrag wie Frau Dr.in Schmid-Obkirchner, als Unter-Abteilungsleiterin aus dem Bundesministerium (BMBFSFJ) auf der Veranstaltung hervorhob.

> **„Auch in Zukunft müssen wir dafür sorgen, dass die Kinder- und Jugendhilfe funktioniert“. (Dr.in Heike Schmid-Obkirchner)**

Mehrere Rednerinnen und Redner verdeutlichten die bestehenden Initiativen in den Bundesländern. In Niedersachsen wird das Thema Fachkräfte mit großem Engagement bewegt.

> **„Wir stellen das bisherige System komplett auf den Kopf und richten es bedarfsgerecht neu aus“, (Staatssekretärin Dr.in Christine Arbogast),**

so Staatssekretärin Dr.in Arbogast und machte das an vielen Beispielen deutlich.

Lorenz Bahr, Staatssekretär in Nordrhein-Westfalen forderte eine ehrliche Diskussion ein, wie mit der Kinder- und Jugendhilfe künftig umgegangen wird.

> **„Bund, Länder und Kommunen müssen sparen, weil das Steueraufkommen so ist, wie es ist. Trotz Rekordvolumen legt das Land NRW einen echten Sparhaushalt für 2026 vor. Dennoch hat sich die Landesregierung entschieden, klare Prioritäten zu setzen: Bei Kindern, Jugend und Bildung wird nicht gespart.“(Staatssekretär Lorenz Bahr)**

Strukturierter Dialog zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft notwendig

Gleichzeitig machten die Rednerinnen und Redner deutlich, dass es konkreter Verabredungen bedarf wie eine eigene zuverlässige und moderne soziale Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland aussehen soll und andererseits die Schnittstellen zu anderen Sozialleistungs- und Bildungssystemen wie z.B. Schule und Gesundheit genauer zu definieren sind.

Kommunen oder Länder alleine sind jedoch nicht in der Lage, die Situation der Kinder- und Jugendhilfe zukunftsfest aufzustellen. Es bedarf einer Dialog-Initiative des Bundes unter Beteiligung von Ländern, Kommunen und freien Trägern sowie der Selbstvertretungsorganisationen von jungen Menschen und Familien und einer grundsätzlich auskömmlichen Finanzierung des Systems.

> **„Es braucht Reallabore in den Kommunen, die neue Ideen und Konzepte testen“, (Oberbürgermeister Markus Zwick und Landrat Patrik Lauer)**

wie Markus Zwick als Oberbürgermeister von Pirmasens und Mitglied des Städtetages Rheinland-Pfalz sowie Landrat Patrick Lauer, Vorsitzender vom Landkreistag Saarland forderten. Auch dafür wäre die Einrichtung eines nationalen Fonds Kinder- und Jugendhilfe wichtig

Ohne die systematische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, ihren Familien können solche umfassenden Reformen für Kinderschutz, Generationengerechtigkeit, demokratische Teilhabe und ein gerechtes Aufwachsen für alle jungen Menschen nicht gelingen. Junge Menschen mit Jugendhilfeerfahrungen müssen in die gemeinsame Zukunftsinitiative von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden zentral eingebunden werden, machte Karn Born vom Careleaver e.V. deutlich und Dr. Dirk Bange schloss sich als Amtsleiter in der Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung in Hamburg der Initiierung eines solchen infrastrukturellen Zukunftsdialoges an mit den Worten:

> **„Wir müssen zusehen, dass wir Kinder- und Jugendliche selbstverständlich beteiligen.“ (Dr. Dirk Bange)**

Die Veranstaltung in Berlin markierte den Auftakt eines strukturierten Dialogs zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft. Niedersachsen hat die Initiative ergriffen und den bundesweiten Dialog gestartet. Das Saarland, Nordrhein-Westfalen und Hamburg haben bereits ihr Interesse an der Fortsetzung bekundet.

Nächste Schritte zur Sicherung eines Zukunftsdialoges

Einige konkrete nächste Schritte zur Sicherung Zukunftsdialoges zur Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland machten die niedersächsische Staatssekretärin Dr. Christine Arbogast und der saarländische Sozialminister Dr. Markus Jung schon auf der Veranstaltung deutlich: Dr.in Christine Arbogast versprach:

> **„Wir ergreifen die Initiative und bringen auf der Jugend- und Familienministerkonferenz JFMK im Frühjahr einen entsprechenden Beschlussvorschlag mit den Ergebnissen dieser Veranstaltung ein. Die Interessen von Kindern und Jugendlichen müssen wir in den Mittelpunkt stellen“. (Staatssekretärin Dr. in Christine Arbogast)**

Und Minister Dr. Magnus Jung bekräftigte:

> **„Wir brauchen ein Zukunftsbündnis zur Kinder- und Jugendhilfe, bestehend aus Bund, Ländern, Kommunen und Trägern“ (Dr. Magnus Jung)**

und verband das Statement mit einer Einladung zur Ausrichtung einer zweiten Fachrunde in der saarländischen Landesvertretung in Berlin.

Ziel ist es, so fassten Prof. Dr. Wolfgang Schröer und Dirk Schröder vom Organisationsteam am Ende des ersten Treffens zusammen, gemeinsam eine Gesamtstrategie für starke kommunale Strukturen und eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe zu entwickeln.

> **„Die Fachveranstaltung am 20. Oktober 2025 in Berlin hat den Startschuss für einen gemeinsamen Prozess gegeben, damit kein Kind verloren geht und damit unser Staat auch für alle jungen Menschen, Familien und Generationen erfahrbar und verlässlich bleibt. Wir bleiben gemeinsam mit anderen Ländern solange am Ball, bis wir gemeinsam bedarfsgerechte Strukturen und eine bedarfsgerechte Finanzierung durchgesetzt haben.“ (Prof. Dr. Wolfgang Schröer und Dirk Schröder)**

Institut für
Sozialpädagogische Forschung
Mainz gGmbH

Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung